

Faire Löhne für einen fairen Aufschwung

Der Kampf der Gewerkschaften für Lohnerhöhungen ist eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit

Dokument in der 24. Sitzung des Exekutivausschusses von industriAll Europe am 24. und 25. Mai 2022 verabschiedet
Stockholm, 24.-25. Mai 2022 | 2022/138

Trotz des wirtschaftlichen Aufschwunges nach der Covid 19- Pandemie kommt es in den meisten europäischen Ländern gerade zu einem tiefen Einbruch des Lebensstandards. Der Krieg in der Ukraine verschärft die Energiepreiskrise und den Inflationsschub, von dem viele hofften, er sei nur vorübergehend. Der Anstieg der Energie- und Verbraucherpreise in Verbindung mit einer hohen Inflation belastet viele Arbeitnehmer*innen, die erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Die am stärksten gefährdeten Arbeitnehmer*innen haben es aufgrund ihrer geringeren Kaufkraft sehr schwer, über die Runden zu kommen. Die Gefahr wachsender Ungleichheiten ist größer denn je, da die Ungleichheit nach zwei Jahren Pandemie bereits ein Rekordniveau erreicht hat.

Die Beschäftigten hatten große Hoffnungen, dass nach zwei Jahren der Lohnzurückhaltung während der Pandemie eine Lohnerhöhung folgen würde. Sie setzten ihre Arbeit trotz der gesundheitlichen Bedrohung durch die Pandemie fort, in der Erwartung, entschädigt zu werden und einen gerechten Anteil an dem geschaffenen Wohlstand zu erhalten, da die Unternehmen wieder zu einer soliden Rentabilität zurückkehrten.

Heute sind wir als Gesellschaft mit einer Situation konfrontiert, die es seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben hat. Die Inflation steigt in einigen Ländern rasant, angetrieben durch die Energiepreise, die Preise für Lebensmittel und lebenswichtige Güter sowie den Krieg in der Ukraine. Dennoch steht eine Lohnerhöhung in den meisten Ländern nicht auf der Tagesordnung, obwohl einige Unternehmen Rekordgewinne verzeichnen. In der derzeitigen unsicheren Wirtschaftslage dürfen nicht wieder die Arbeitnehmer*innen die Rechnung zahlen müssen.

Die politischen Entscheidungsträger*innen haben mit den beispiellosen wirtschaftlichen und sozialen Unterstützungsmaßnahmen seit Beginn der Covid 19- Pandemie bisher eine stabilisierende Rolle im Erholungsprozess gespielt. Aufgrund der gegenwärtigen unsicheren Lage sind weitere unterstützende Maßnahmen erforderlich. Die politischen Entscheidungsträger*innen müssen weiterhin dem Ruf nach kurzfristigen Sparmaßnahmen widerstehen. In der Tat muss alles getan werden, um die Fehler zu vermeiden, die nach der Finanzkrise 2008-09 gemacht wurden, als Sparmaßnahmen zur Rezession 2012 führten, gefolgt von einem durch Niedriglöhne getragenen Aufschwung. Um ein ähnliches Szenario zu vermeiden, muss die Kaufkraft aufrechterhalten werden, indem die Nachfrage mittelfristig mit der Inflation, den Preissteigerungen und den Produktivitätszuwächsen Schritt hält. Dem derzeitigen Höchststand der Energiepreise kann jedoch nicht nur durch tarifliche Lohnerhöhungen

begegnet werden, sondern es sind auch politische Instrumente erforderlich. Die Löhne sind nicht die Ursache für den Inflationsschub. Sie sind vielmehr von entscheidender Bedeutung, um den Aufschwung anzukurbeln und die Wirtschaft zu stabilisieren. Der Aufschwung wird nur dann nachhaltig sein, wenn den Arbeitnehmer*innen eine faire Lohnquote zugestanden wird und fortschrittliche politische Maßnahmen eine gerechtere Umverteilung gewährleisten und Ungleichheiten abbauen.

In diesen unsicheren Zeiten ist es entscheidend, dass alle Akteure Verantwortung übernehmen und auf eine faire Erholung hinarbeiten. Das wirtschaftliche Umfeld ist aufgrund der Auswirkungen der Pandemie und des Krieges in der Ukraine weiterhin instabil. In den letzten Monaten wurde der Aufschwung durch erneute Einschränkungen, Engpässe bei Rohstoffen und Bauteilen sowie einen massiven Arbeitskräftemangel gebremst. Der Krieg wird die Knappheit und die Engpässe nur noch verschärfen. Da die Exportmärkte obendrein sehr unsicher sind, bleibt die Binnennachfrage eine der wichtigsten Triebfedern für die wirtschaftliche Erholung, die durch starke Lohnerhöhungen unterstützt wird.

In diesem Positionspapier erklärt industriAll Europe, warum die Arbeitnehmer*innen angesichts der aktuellen hohen Inflation, hoher Preise, Rekordgewinne der Unternehmen, der zunehmenden Ungleichheit und des wachsenden Einflusses rechtsextremer populistischer Bewegungen in ganz Europa eine Entschädigung in Form von Lohnerhöhung verdienen. Wir präsentieren auch Argumente, die den Mythos einer lohngetriebenen Inflation entkräften. Anschließend werfen wir anhand einiger nationaler Beispiele einen genaueren Blick auf die Realität vor Ort. Wir schließen mit Forderungen für politische Entscheidungsträger*innen und Arbeitgeber, um eine gerechtere Umverteilung und einen Aufschwung für alle zu gewährleisten.

Die Arbeitnehmer*innen brauchen eine Lohnerhöhung

Zu Beginn des Jahres 2022 waren die Unternehmensergebnisse und -gewinne rekordverdächtig, aber Lohnerhöhungen folgten nicht besonders schnell. Dies führte zu einer Situation, in der Inflation und Preissteigerungen bereits die Kaufkraft aushöhlten und die Einkommen vieler Familien in Europa schmälerten.

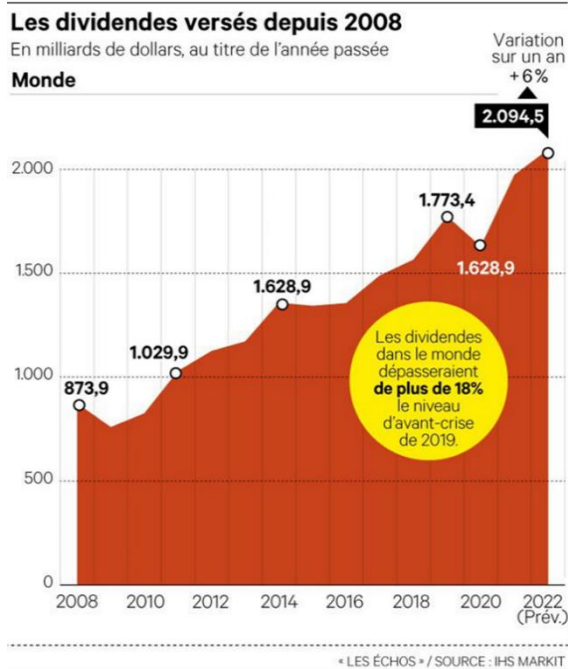


Abbildung 3. Weltweit gezahlte Dividenden seit 2008

Abbildung 3 zeigt, dass die Dividendenausschüttungen im Jahr 2022 das Vorkrisenniveau voraussichtlich um 18 Prozent übersteigen und sich auf 2.094 Milliarden Dollar belaufen werden, nachdem sie bereits 2021 stark gestiegen sind. Anstatt jedoch die Arbeitnehmer*innen für die von ihnen in den Pandemie Jahren erwirtschafteten Gewinne zu entschädigen, kaufen einige Unternehmen ihre eigenen Aktien zurück. Dies ist besonders empörend in den Fällen, in denen die Unternehmen von öffentlichen Unterstützungsprogrammen und Arbeitsplatzhaltungsprogrammen profitiert haben. Diese Programme ermöglichten es ihnen, während der Krise Geld zu sparen und qualifizierte Arbeitnehmer*innen zu halten, während der Staat ihre Arbeitnehmer*innen aus Steuergeldern bezahlte. Die derzeit rekordverdächtigen Gewinne sind zum Teil das Ergebnis dieser öffentlichen Unterstützung, die damals dringend notwendig war, um die Wirtschaft in Gang zu halten und Massenentlassungen zu vermeiden. Wie in Schweden sollte die öffentliche Unterstützung für Unternehmen an soziale Bedingungen geknüpft werden.

Es ist an der Zeit, sich mit der Entlohnung der Arbeitnehmer*innen zu befassen, jetzt, wo die Gewinne hoch sind und die Inflation und die Preise rasant steigen. Anstatt Lohnzurückhaltung zu propagieren, sollten die Arbeitgeber dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer*innen für die Erosion ihrer Kaufkraft entschädigt werden, indem sie durch Lohnerhöhungen ihren gerechten Anteil an dem Wohlstand erhalten, den sie geschaffen haben. Durch Lohnerhöhungen würden die Arbeitgeber die Stabilität der Binnennachfrage stärken und so zu einem raschen Aufschwung beitragen.

Die Löhne sind nicht der Grund für den derzeitigen Inflationsanstieg

Das Jahr 2022 ist in ganz Europa durch eine sehr hohe Inflation gekennzeichnet, die die Werte der letzten 25, 30 und in einigen Fällen sogar 40 Jahre übersteigt. Die hohe Inflation trifft die Arbeitnehmer*innen hart, da ihre Kaufkraft schwindet, während die Preise steigen. Der Krieg in der Ukraine wird die Situation in den kommenden Monaten wahrscheinlich weiter verschärfen, wenn keine Schutzmaßnahmen für die Arbeitnehmer*innen und die Gesellschaft ergriffen werden. Die Lebensmittel- und Energiepreise sind überall stark gestiegen, so dass in einigen Ländern eine „[Lebenshaltungskostenkatastrophe](#)“ und ein „[historischer Schock](#)“ bei den Einkommen zu beobachten ist.

Die Lohnerhöhungen müssen sicherstellen, dass die Arbeitnehmer*innen einen gerechten Anteil an dem Wohlstand erhalten, den sie mit geschaffen haben. Gleichzeitig müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Bürger*innen vor einem Anstieg der Energiepreise zu schützen, der sich durch den Krieg in der Ukraine wahrscheinlich noch verschärfen wird. Die Energiepreiserhöhungen müssen aufgefangen werden, während die Löhne entsprechend der Produktivitätsentwicklung steigen müssen. Die Arbeitgeber warnen jedoch mit aggressiver Rhetorik vor einer schädlichen „Lohn-Preis-Spirale“. Leider tappen sogar einige Wirtschaftswissenschaftler*innen und Politiker*innen in diese Falle und warnen vor Lohnerhöhungen.

IndustriAll Europe ist über diese Entwicklungen sehr beunruhigt. Im Folgenden wollen wir den Mythos einer lohnbedingten Inflation entkräften und die brennenden Fragen der aktuellen Debatte beantworten: Wie lange wird dieser Inflationsschub anhalten? Was treibt ihn an? Wie kann die Inflation unter Kontrolle gebracht werden? Alle verfügbaren Belege zeigen, dass die derzeitige Inflation nicht lohngetrieben ist. Wir schlagen außerdem andere Lösungen als Sparmaßnahmen vor, die den Aufschwung nur gefährden und den grünen und digitalen Strukturwandel behindern würden.

1. Der Anstieg der Energiepreise

Die jüngsten Eurostat-Zahlen [zeigen](#), dass der aktuelle Inflationsschub durch die Explosion der Energiepreise (Öl, Gas und Strom) und nicht durch die Löhne verursacht wird. Die Energiepreise stiegen im Dezember 2021 im Vergleich zu 2020 um 26 %. Die Erdgaspreise verdoppelten sich im Vorfeld des Dezembers 2021 auf ein Rekordhoch und stiegen im Januar 2022 erneut sprunghaft an, nachdem die Lieferungen aus Russland zurückgegangen waren.

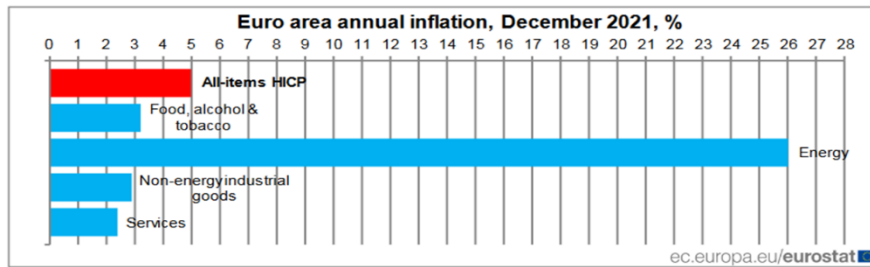


Abbildung 1. Jährliche Inflationsrate der Eurozone, Dezember 2021. (Quelle: Eurostat)

Es gibt noch immer einige optimistische Ökonomen, selbst in der Europäischen Zentralbank, die die das derzeitige hohe Inflationsniveau als vorübergehendes Phänomen betrachten und davon ausgehen, dass die Energiepreise sinken werden. Dies könnte sich jedoch als eine falsche Annahme erweisen. Die Situation wird noch komplizierter, wenn wir die Kosten der Energiewende zur Dekarbonisierung der Wirtschaft und Industrie sowie die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und der Sanktionen gegen Russland berücksichtigen. IndustriAll Europe erläutert dieses Thema ausführlich in seinem [Papier zur Energiepreiskrise](#).

Andere Ökonomen warnen davor, dass die Bank die künftige Inflation unterschätzt, weil sie davon ausgeht, dass die Energiepreise in den Jahren 2023 und 2024 nicht zur Gesamtinflation beitragen werden. Hier wird davon ausgegangen, dass die Energiewende die Preise durch Kohlenstoffbesteuerung und Maßnahmen zur Abmilderung ihrer sozialen Auswirkungen in die Höhe treibt, was letztlich zu einer Inflation über dem 2-Prozent-Ziel der EZB führen würde. Die entscheidende Frage ist, wie die Inflation in den Griff zu bekommen ist, ohne die Energiewende zu behindern.

2. Engpässe in der Lieferkette, Materialknappheit und Arbeitskräftemangel

Die Engpässe in der Lieferkette sowie der Mangel an Arbeitskräften in den meisten Sektoren und die Materialknappheit verursachen weiterhin Verzögerungen und treiben die Kosten für die Unternehmen in die Höhe, was die Preise für viele Waren steigen lässt. Dies geschieht genau zu dem Zeitpunkt, an dem die Wirtschaft wieder anzieht und die Nachfrage schneller steigt als das verfügbare Angebot, das durch die Engpässe gebremst wird. Beides führt zu einem vorübergehenden Anstieg der Inflation. Das Problem dabei ist, dass sowohl die Knappheit als auch die Engpässe länger als erwartet andauern könnten. IndustriAll Europe hat wiederholt eine integrierte Industriestrategie [zur Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung in Europa](#) und [für den europäischen Halbleitersktor gefordert](#), um dieses Problem anzugehen.

Der Arbeitskräftemangel ist so akut, dass einige Arbeitgeber [Berichten zufolge](#) damit begonnen haben, Geldprämien für Vorstellungsgespräche zu zahlen, da im [Vereinigten Königreich](#) eine Rekordzahl von 1,219 Millionen Stellen unbesetzt ist. In Deutschland hat die Regierung unterdessen [angekündigt](#), dass

sie jedes Jahr 400.000 qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland anwerben muss, um dem beispiellosen Arbeitskräftemangel zu begegnen. IndustriAll Europe betont, dass die Arbeitgeber attraktive Arbeitsbedingungen und gute Löhne bieten müssen, um Arbeitskräfte für die Industrie zu gewinnen.

3. Höhere Inflation als vorübergehender statistischer Basiseffekt

Ein weiteres Argument dafür, dass die derzeitige hohe Inflation nicht lohnbedingt ist, ist die Tatsache, dass es sich zum Teil um einen statistischen Basiseffekt handelt. Dieser Effekt wird durch den außergewöhnlichen Preisrückgang während der Pandemie hervorgerufen. Im Jahr 2020 lag die jährliche Inflationsrate in der EU bei 0,7 Prozent (in der Eurozone sogar bei 0,3 Prozent). Damit lag die Inflation im Zweijahresdurchschnitt unter dem EZB-Ziel von 2 Prozent. Offiziell erwartet die EZB, dass dieser vorübergehende Druck im Laufe des Jahres 2022 nachlässt und spätestens 2023 wieder normale Inflationszahlen erreicht werden.

Die Realität vor Ort: eine „Lebenshaltungskostenkatastrophe“

Wie im Tarif- und Sozialpolitischen Ausschuss von industriAll Europe berichtet wurde, sind die Gewerkschaften in ganz Europa äußerst besorgt über die erhebliche Einkommenskürzung, die viele Arbeitnehmer*innen erleiden. Sie fordern die Regierungen auf, einzugreifen, und die Arbeitgeber, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, indem sie die Arbeitnehmer*innen in diesen schwierigen Zeiten unterstützen:

- In **Österreich** fordern die Gewerkschaften die Regierung auf, die Auswirkungen der steigenden Inflation (fast 7 % im März 2022) abzumildern. Sie fordern eine Preiskommission zur Überwachung der Situation, die sich aus den Sozialpartnern zusammensetzt, die Erhöhung der Renten entsprechend der Inflation, einen sozialen Ausgleich, der aus einer Lohnerhöhung von 6 % besteht, und direkte Zahlungen an die Haushalte.
- **Belgien** ist eines der letzten Länder in Europa mit einer automatischen Lohnindexierung. Dadurch wird die Kaufkraft der Arbeitnehmer*innen geschützt, allerdings nur teilweise, da die Indexierung nicht die gesamte Inflation abdeckt. Die belgischen Gewerkschaften mobilisieren ihre Mitglieder zu mehreren Großkundgebungen im Jahr 2022, um gegen den Anstieg der Lebenshaltungskosten zu protestieren und eine automatische Lohnindexierung zu fordern.
- Die **Tschechische Republik** verzeichnete im März 2022 die höchste Inflation in der EU (12,7 %) und die höchsten Energiepreise. Die Gewerkschaften haben befristete Maßnahmen vorgeschlagen, um den Preisanstieg bei Grundnahrungsmitteln zu bekämpfen, der die Bevölkerung besonders beunruhigt. Sie fordern außerdem eine Marktregulierung und Kurzarbeitsprogramme.
- In **Frankreich** leiden die Haushalte unter der sehr hohen Inflation. Besonders schlimm ist die Situation für sozial schwache Gruppen und Rentner, da die Arbeitslosenunterstützung und die

Renten gekürzt wurden. Die Gewerkschaften fordern Maßnahmen gegen Unternehmen, die während der Pandemie öffentliche Unterstützung erhalten haben und nun hohe Dividenden auszahlen.

- In **Deutschland** passen die Gewerkschaften ihre Strategien an die aktuelle Situation an. In der Chemiebranche hat die IG BCE einen „Brücken-Tarifvertrag“ mit einer Laufzeit von 7 Monaten abgeschlossen, der eine Einmalzahlung von 1400 Euro für die Beschäftigten vorsieht. Die IG Metall hat der Politik Vorschläge unterbreitet, um die Auswirkungen der Energiepreise auf die Haushalte kurzfristig abzumildern: (1) Abschaffung der EEG-Umlage, (2) Senkung der Stromsteuer, (3) Deckelung der Gaspreise, (4) frühere Einführung der Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags. Darüber hinaus strebt die IG Metall in den anstehenden Tarifrunden in der Stahl- und Metall- und Elektroindustrie die Sicherung der Kaufkraft und die Stabilisierung der Reallöhne an.
- In **Finnland** haben die Sozialpartner einen zweistufigen Tarifvertrag ausgehandelt, um der steigenden Inflation zu begegnen. Das bedeutet, dass Ende 2022 neue Verhandlungen über die Lohnerhöhungen für 2023 stattfinden werden (im Gegensatz zu der üblichen zweijährigen Laufzeit der Vereinbarungen).
- In **Norwegen** werden alle Tarifverträge für einen Zeitraum von zwei Jahren abgeschlossen, wobei zur Halbzeit jährliche Lohnverhandlungen stattfinden. Im Jahr 2021 stiegen die Löhne für Industriebeschäftigte um 2,75 %. Die Inflation lag bei 3,5 %, was hauptsächlich auf einen starken Anstieg der Energiepreise zurückzuführen ist. Dies wird der Hintergrund für die im März beginnenden neuen Verhandlungen sein.
- In **Italien** werden die Produktivitätsgewinne hauptsächlich in den Verhandlungen auf Unternehmensebene verteilt, aber die Unternehmensvereinbarungen gelten nicht für alle Arbeitnehmer*innen (nur für 30 % der Gesamtbelegschaft). Dies führt zu einer mangelnden Umverteilung der von den Unternehmen erzielten Gewinne. Soziale Puffer, die die Rohstoffpreise, die Beschäftigung und die Löhne betreffen, wurden eingerichtet, um die Krise einzudämmen.
- In **Polen** stieg die Inflation auf 8 %. Die Bergleute, die während der Energiekrise Überstunden und Wochenendarbeit leisten müssen, um Unterbrechungen während der Energiekrise zu verhindern, fordern jetzt eine Lohnerhöhung, die den Wert ihrer Arbeit widerspiegelt.
- In der **Slowakei** gehen die Gewerkschaften auf die Straße, um gegen die sich rapide verschlechternde wirtschaftliche und soziale Lage der Bürger*innen und die Unfähigkeit der Regierung zu protestieren, etwas gegen die steigenden Lebensmittel- und Energiepreise, Lebenshaltungskosten und die Inflation zu unternehmen. Sollte die Regierung nicht handeln, sind die Gewerkschaften bereit, einen Generalstreik auszurufen.
- **Rumänien** ist ein gutes Beispiel dafür, wie wichtig starke Tarifverhandlungssysteme sind. FSLI Petrol Energie hat in ihren Verhandlungen auf Unternehmensebene eine Lohnerhöhung von 10 % durchgesetzt. Leider kann diese Vereinbarung aufgrund des Gesetzes über den sozialen Dialog, das die Verhandlungen einschränkt, nicht auf andere Arbeitnehmer*innen ausgeweitet werden.

- Die **Türkei** befindet sich aufgrund der Abwertung der Lira und der Rekordinflation in einer dramatischen Lage. Die Gewerkschaften verweisen auf Preissteigerungen bei Lebensmitteln um 80 %, bei Strom um 155 % und bei Gas um 43 % im Jahr 2021. Die Gewerkschaften haben einen Tarifvertrag erreicht, der die Situation der Arbeitnehmer*innen verbessert, aber die Instabilität gibt weiterhin Anlass zur Sorge.
- Das **Vereinigte Königreich** könnte am Rande einer „Lebenskostenkatastrophe“ stehen, da den Arbeitnehmer*innen in diesem Jahr ein „historischer Schock“ bei ihren Einkommen droht, wenn die Regierung nicht eingreift. Die Energiepreise werden im April um 50 % steigen, während auch die Steuern steigen werden und die Inflation wird voraussichtlich 6,8 % erreichen. Die Löhne werden nur um 6,6 % steigen.
- In **Schweden** ist die hohe Inflation vor allem auf den raschen Anstieg der Strom- und Kraftstoffpreise zurückzuführen. Das schwedische Lohnfestsetzungssystem lässt jedoch vorübergehende Änderungen der Inflationsrate unberücksichtigt. Der aktuelle Tarifvertrag, der im März 2023 ausläuft, sieht eine Lohnerhöhung von 5,4 % über 29 Monate vor. Die Forderungen nach Lohnerhöhungen werden auf der Grundlage der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der dem Wettbewerb unterliegenden Branchen und des von der schwedischen Zentralbank festgelegten Inflationsziels von 2% gestellt. Die Lohnbildung liegt in der Zuständigkeit der Sozialpartner, und die Vereinbarungen werden auf nationaler Ebene getroffen.

Forderungen von industriAll European Trade Union

Forderungen an die politischen Entscheidungsträger*innen:

- Aufbau, Wiederaufbau und Stärkung des sozialen Dialogs und der Tarifverhandlungssysteme auf allen Ebenen in ganz Europa (um auf diese Weise einen Teil der Fehler, die nach der letzten Krise 2008-09 gemacht wurden, wiedergutzumachen), Verabschiedung von Maßnahmen zur Erhöhung der Tarifbindung,
- Beibehalten der wirtschaftlichen und sozialen Unterstützungsmaßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene, die seit Beginn der Pandemie eingeführt wurden, so lange wie nötig,
- Umsetzen politischer Maßnahmen zur Abfederung des derzeitigen Energiepreisanstiegs, wie z. B. Steuererleichterungen für Energiepreise und/ oder Energiepreisobergrenzen, da dieser Anstieg in den meisten Ländern nicht allein durch tarifliche Lohnerhöhungen aufgefangen werden kann,
- der Versuchung widerstehen, Sparmaßnahmen einzuführen, die das Wirtschaftswachstum bremsen und sozialen Druck erzeugen würden,
- Fördern der Binnennachfrage durch Unterstützung der Kaufkraft,
- Abschaffen der restriktiven europäischen Steuervorschriften, die höhere Sozialinvestitionen verhindern und den Abbau von Arbeitsnormen und Lohnzurückhaltung legitimieren,

- Entwickeln eines gerechteren Steuersystems in der EU durch das Beseitigen von Steuerparadiesen und Steuerschlupflöchern sowie durch das Einführen einer Mindestkörperschaftssteuer, um sicherzustellen, dass die Unternehmen Steuern auf ihre Gewinne in den Ländern zahlen, in denen die Arbeitnehmer*innen zu deren Produktion beitragen,
- eine Reform der wirtschaftspolitischen Steuerungssysteme der EU, um soziale Reformen zu fördern, Ungleichheiten zu beseitigen und einen fairen Aufschwung sowie einen gerechten doppelten Strukturwandel zu ermöglichen ([mehr](#)).

Forderungen an die Arbeitgeber:

- das Ende des Diskurses über Lohnzurückhaltung und der Warnungen vor einer „Lohn-Preis-Spirale“; alle Beweise zeigen, dass die derzeitige Inflation nicht lohndriven ist,
- auf mittlere Sicht Lohnerhöhungen entsprechend der Inflation und dem Produktivitätsanteil in ganz Europa,
- konstruktive Beteiligung an Tarifverhandlungen auf allen Ebenen in allen Ländern,
- das Gestalten einer Lohnpolitik gemeinsam mit den Gewerkschaften, die darauf abzielt, die Auswirkungen der anhaltend hohen Inflation abzumildern,
- kein Instrumentalisieren der Lohnwettbewerbsfähigkeit, um Lohnsteigerungen zu verhindern.